

## Leserbrief zum Thema „Anwohner wollen kein Gewerbegebiet“ (WZ-Ausgabe v. 13.11.19)

Zunächst möchten wir Herrn Reinbold dafür danken, dass er sich der Kritik annahm, die Krelinger Bürgerinnen und Bürger am geplanten Gewerbegebiet Krelinger Heide auf der am letzten Montag stattgefundenen Informationsveranstaltung zum Flächennutzungsplan der Stadt Walsrode äußerten. Dem letztlich der Logistikbranche das Wort redenden Schlussteil dieses Artikels können wir jedoch keineswegs zustimmen. Der Unmut betroffener Anwohner wird zwar benannt und teilweise zitiert; im Artikel überwiegt in unserer Wahrnehmung jedoch leider das Verständnis für eine bürokratisch-planerische Haltung der Stadtverantwortlichen, welche die subjektive Betroffenheit der Anwohner im Bewusstsein eigener Entscheidungshoheit geradezu ignoriert und ohne ausreichende Differenzierung den Bau von Monsterhallen zwecks (fraglichen) Gewinns aus Steuereinnahmen und der Schaffung weniger Arbeitsplätze (im Niedriglohnssektor) überhöht. Wie selbstverständlich, als gäbe es keine andere politische oder ethisch ausgerichtete Möglichkeit, gilt der Vorrang riesigen Logistik-Ansiedlungen. Dieser flächenraubenden Branche, die überall in Deutschland auf heftigen Protest umweltbewusster Bürgerinitiativen stößt, wird in unserer Region der rote Teppich ausgerollt. Jede neue Halle wird medial als Errungenschaft und Trophäe in einem absurden Wettkampf zwischen den Gemeinden gefeiert. Und wie steht es um die Belange des Naturschutzes? Welchen Stellenwert haben ca. 95 Hektar Wald? Der Wald produziert Sauerstoff, bindet Kohlendioxid, speichert Wasser, dient als Lärmschutz und Schadstofffilter, bietet Tieren und Pflanzen Lebensraum, wirkt regulierend auf Temperatur und Niederschlagsmengen, ist von entscheidender Bedeutung für den Klimaschutz und damit für das Überleben der Menschheit. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung berichtet, dass bei einer Waldrodung Kohlendioxid in einer Menge freigesetzt werde, wie Bäume in 50 bis 100 Jahren speichern könnten. 11 % der globalen Kohlendioxid-Emissionen seien auf Waldverlust zurückzuführen. Jährlich gingen durch Rodung 7,6 Mio. Hektar Wald verloren. Anfang November 2019 erklärten 11000 Forscher in New York den „Klima-Notfall“ und forderten den besseren Schutz von Wäldern. Nationale und internationale Förderprogramme sollen die Wälder schützen, wie z. B. die Nationale Waldstrategie 2020, der Klimaschutzplan 2050 und die umfassende Walderklärung auf der Klimakonferenz von Kattowitz vom Dezember 2018.

Wir hören an dieser Stelle schon die Planer das Zauberwort „Kompensation“ rufen. Nach dem Waldrecht soll grundsätzlich Rodung vermieden bzw. minimiert werden. Waldvernichtung ist die Ultima Ratio, wenn es keine räumlichen oder sonstigen Alternativen gibt und ein überwiegendes allgemeines Interesse dies fordert. Hier hat eine differenzierte Abwägung stattzufinden, die nicht nur industriell-wirtschaftliche Aspekte, sondern auch Belange des Umwelt- und Naturschutzes mit *angemessener* Gewichtung einbezieht. Eine solche Abwägung, die im Naturschutz nicht ein primär zu überwindendes Hindernis sieht, fehlt im Flächennutzungsplan! Hier zählt von vornherein das Primat Logistik-Ansiedlung – mit der Implikation der Unterordnung von Umwelt und Natur. Wenn Kompensation stattfinden sollte, dann unter der Voraussetzung des Vorhandenseins entsprechender kohärenter Kompensationsflächen im betreffenden Naturraum und mit einer 1:1-Umsetzung. Von fachlicher Seite haben wir jedoch erfahren, dass eine solche geschlossene Fläche im besagten Naturraum nicht verfügbar und im Flächennutzungsplan auch nicht aufgeführt sei. Wenn Krelinger und Westenholzer Anwohner vor diesem Hintergrund kritische Fragen stellen, die nicht allein das Krelinger Gewerbegebiet als solches betreffen, sondern in Zeiten des Klimawandels und Paradigmenwechsels an Grundsätzliches rühren, ist die Politik zur Wertschätzung und zum Dialog auf Augenhöhe aufgefordert.

Bürgerbeteiligung im Sinne des Wortes kann nicht heißen:  
„Die Stadtentwicklung wird nicht davon abrücken“ (wie es der Erste Stadtrat formulierte).  
Diese Basta-Haltung bedeutet keine Werbung für kommunale Politik.

Thomas und Ulrike Bartsch